



WSV.de

Wasser- und
Schifffahrtsverwaltung
des Bundes

Kommentar

„Bäume am Landwehrkanal“ - Blog

Artikel „Landwehrkanal für alle!“, 14. Juli 2007

Wasser- und
Schifffahrtsamt Berlin
Mehringdamm 129
10965 Berlin

9. Juli 2008

Zentrale 030 69532-0
Telefax 030 69532-201
wsa-berlin@wsv.bund.de
www.wsa-b.de

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die WSV will den aktuellen Artikel nicht unkommentiert lassen:

Auszug Blog

„...Uns geht es darum, den Landwehrkanal und seine Uferzonen im Rahmen eines umfassenden städtebaulichen Pilotprojektes ökologisch nachhaltig, bürgerInnennah und zukunftsweisend zu entwickeln, um so sein immenses Potential für Erholung, Begegnung, Artenschutz, Naturerleben, sanfte Mobilität, Wandern zu Wasser und zu Lande und noch vieles mehr zu verwirklichen...“

„...Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) sieht sich nicht zuständig; das Bundesverkehrsministerium, das ja auch Stadtentwicklungsministerium heißt, sieht sich nicht zuständig, und auch der Senat von Berlin mit seinen Verwaltungen für Stadtentwicklung und Umwelt fühlt sich nicht in der Pflicht...“

Wir möchten wiederholen:

Die WSV hat für diese Forderung viel Verständnis und verschließt sich diesem Gedanken nicht! Wichtig wird dabei sein, dass die in Berlin zuständigen Stellen sich ebenfalls bereit erklären, sich diesen Masterplangedanken zu Eigen zu machen. Denn die WSV als Bundesinstitution darf/kann aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht in die Belange des Landes Berlin (Stadtplanung und -entwicklung) oder gar der Bezirksämter (Quartiersmanagement) eingreifen. Die WSV als Teil des BMVBS kann jedoch die betreffenden Landesinstitutionen Berlins unterstützen, städtebauliche Fördermaßnahmen über das BMVBS, auch zuständig für Städtebau, zu akquirieren. Die WSV darf/kann jedoch nicht das Primat für einen Masterplan Landwehrkanal übernehmen, da es per Gesetz über keinerlei Zuständigkeiten verfügt. Die WSV ist bereit, bei Bedarf der Bezirksämter (fünf entlang des Landwehrkanals) als auch der Senatsverwaltung, in Gespräche zu treten, die auf den Erfolg einer Masterplanung „Landwehrkanal“ abzielen.

Notruf
Notfallmeldestelle: Schleuse
Mühlendamm Rolandufer;
10179 Berlin Tel. 030-240485-
60/61 Fax: 030-240485-62

Wir verweisen auf die Webseiten www.landwehrkanal-berlin.de sowie www.wsv.de, die die Aufgaben der WSV erklären.

Die WSV hat auf der AK-Sitzung am 11. Juli 2008 festgelegt, dass die zuständigen Vertreter der WSV (WSD Ost, Herr Hildebrandt und WSA Berlin, Herr Scholz) mit der Abteilung Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen des BMVBS in Kontakt treten und die Optionen einer Förderung „Masterplan Landwehrkanal“ erkunden.

Auszug Blog

„...Aber vor dieser Zielstellung, die einen „Masterplan Landwehrkanal“ in sowohl ökologischer wie stadtentwicklungspolitischer Hinsicht voraussetzt, schrecken die Verantwortlichen zurück: zunächst wohl wegen bürokratischer Schwerfälligkeit, sodann wegen der Komplexität der zu verhandelnden Fragen, vor allem aber, weil niemand die Federführung für dieses (auch kostspielige) Vorhaben übernehmen will...“

Wir sagen:

Nach unseren Vorstellungen sollten im Masterplan Aufgaben, Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Finanzierung und insbesondere ein Zeitplan enthalten sein. Angesichts der tatsächlichen Komplexität dieser Fragestellung bietet die Sommerpause von Mitte Juli bis Ende August die Gelegenheit, die begonnenen Gespräche auf verschiedenen Ebenen weiterzuführen und inhaltlich ein gutes Stück voranzukommen.

Auszug Blog

„...Vorstudien für einen Masterplan zu beauftragen und zu finanzieren – eine Forderung ... wofür die WSV laut ihrer jüngsten Presseverlautbarung „viel Verständnis“ hat und der sie sich „nicht verschließt“, jetzt jedoch sagt: Da müssen wir aber erst unseren Minister fragen und uns vorher noch in einer neuen Abstimmungsrunde nach der Sommerpause die Rückendeckung des Mediationsforums besorgen ...“

Wir sagen:

Die Rücksprache der WSV im eigenen Hause (BMVBS) zum Wohle des Verfahrens und um eventuelle Förderungen für den eigentlichen rechtlichen Träger zu erfragen, zeugen von sehr viel gutem Willen und Einsatz für eine gemeinsame Lösung. Des Weiteren hat sich das Mediationsforum eine Geschäftsordnung und eine Struktur gegeben, die zum Erhalt der Fairness und Transparenz dienen. Änderungen von konsensuellen Beschlüssen müssen durch die TeilnehmerInnen des Mediationsforums getätigt werden. Zu keiner Zeit geht es hier um Zeitschinden, Aussitzen oder

Verhindern, sondern um die Beteiligung aller Betroffenen und die Anerkennung der Bedürfnisse außerhalb der WSV-Zuständigkeiten.

Auszug Blog

„...Für uns steht das Verfahren mithin an einem Wendepunkt: Entweder die an der Mediation beteiligten Stellen akzeptieren ihre Zuständigkeit und beauftragen die Vorstudien für eine integrierte Gesamtplanung oder das Mediationsverfahren ist aus unserer Sicht gescheitert...“

Wir sagen:

Am Mediationsverfahren sind viele Beteiligte zu beachten und deren Interessen wahrzunehmen, das ist ein intensiver Prozess, dem wir uns alle gestellt haben. Und es ist auch schon sehr viel erreicht worden:

- wieder mehr Vertrauen zueinander gefunden, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten,
- der Landwehrkanal bleibt als Wasserstraße bestehen,
- zahlreiche Interessen und Bedürfnisse herausgearbeitet,
- Einigkeit über Kommunikationslinien bei „Gefahr in Verzug“ erzielt, wie die Einrichtung eines Meldesystems zur Erreichung größtmöglicher Transparenz geschaffen,
- bei der Beauftragung einer Sicherungsspundwand, die die Entfernung der Betonklötze in den Uferbereichen ab Herbst 2008 ermöglicht,
- bei der aktuell laufenden technischen Prüfung von Umsetzungsvarianten für die Einbringung der Spundwand,
- Vorschlag von zwei Pilotprojekten zur Prüfung von geophysikalischen Methoden der Hohlraum- und Baumwurzeluntersuchung,
- bei den Unterhaltungsarbeiten der Baum- und Fugenpflege,
- wie bei der Bestellung eines unabhängigen Baumgutachters auf Wunsch der Bürgervertretung, der die kommenden Arbeiten am LWK begleitet.

In der Mediation haben wir viele Aspekte im Blick, die über die reine Sanierung der Ufermauer hinausgeht. Die Schlussfolgerung der BI, einen Ausstieg aus dem Mediationsverfahren an der Beauftragung einer Vorstudie festzumachen, ist deshalb

für uns nicht nachvollziehbar. Besser wäre es, gemeinsam alle am Mediationsverfahren Beteiligte, wie insbesondere die Bezirksämter und die Senatsverwaltungen Berlins, zu überzeugen, dass der Masterplan ein bedeutsamer Schritt für die Entwicklung des urbanen Lebensraumes Landwehrkanal sein könnte sowie gleichzeitig und gemeinsam konstruktiv in der Mediation weiterzuarbeiten, um zu konsensuellen Lösungen für die „Zukunft Landwehrkanal zu gelangen.

Für Rückfragen, weiterführende Gespräche und Kommentare stehen wir gerne bereit.

Beste Grüße,

WSD Ost

Tjark Hildebrandt

tjark.hildebrandt@wsv.bund.de

WSA Berlin

Michael Scholz

michael.scholz@wsv.bund.de

WSA Berlin

E. M. Bodenmeier

WSABerlin.Presse@wsv.bund.de